THÜRINGER LANDTAG
5. Wahlperiode

Drucksache 5/4958
13.09.2012

M ü n d l i c h e A n f r a g e

der Abgeordneten Leukefeld (DIE LINKE)

Droht der kreisfreien Stadt Suhl der finanzielle Kahlschlag?

Die Thüringer Kommunalordnung regelt, dass die Thüringer Kommunen bis zum 30. November 2012 die Haushaltssatzungen und Haushaltspläne für 2013 beschließen sollen (vgl. § 57 Abs. 2 ThürKO). Fast 60 Prozent der Einnahmen der Kommunen sind Zuweisungen des Landes. Dementsprechend haben der kommunale Finanzausgleich und der Landeshaushalt eine hohe Bedeutung. Da bisher die Landesregierung dem Landtag keinen Haushaltsentwurf für 2013, einschließlich des kommunalen Finanzausgleichs, vorgelegt hat, können die Kommunen bei der Erarbeitung ihrer Haushaltssatzungen/Haushaltspläne nicht auf gesicherte Zuweisungszahlen des Landes "zurückgreifen".
Im Freien Wort vom 8. September 2012 war zu lesen, dass der kreisfreien Stadt Suhl der finanzielle Kahlschlag drohte, wenn die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich für 2013 so umsetze wie angekündigt. Durch überdurchschnittliche Abwanderung und viele Aufgaben als zentraler Ort und Zentrum in Südthüringen hat die Stadt seit Jahren finanzielle Probleme und bereits Substantielles eingespart. So war es in den Jahren 2010 und 2012 nicht möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beabsichtigt die Landesregierung zu helfen, dass eine die dauernde Leistungsfähigkeit der kreisfreien Stadt Suhl erreicht wird?

2. Warum und in welcher Höhe sollen die Schlüsselzuweisungen für die kreisfreie Stadt Suhl in 2013 im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten Thüringens gekürzt werden?

3. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass eine Aufhebung der Kreisfreiheit der Stadt Suhl und ihre Zuordnung in einen Landkreis nicht automatisch die finanziellen Probleme löst?

4. Wie wird die Landesregierung die Beibehaltung und Gewährleistung der Funktion von Suhl als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums in der Region Südthüringen auch perspektivisch finanziell absichern?

Leukefeld

Druck: Thüringer Landtag, 17. September 2012